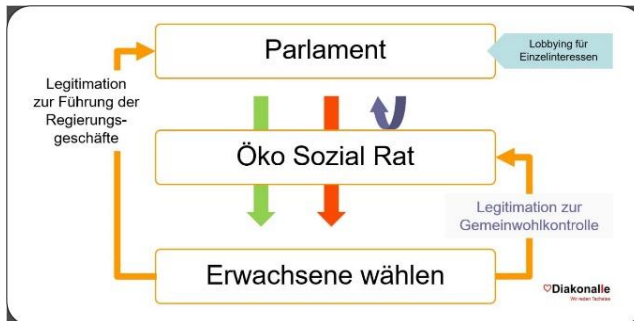


Deshalb ZukunftsWerkstatt: ÖkoSozialRat als GemeinwohlRegierung



Lin Chalozin Dovrat: „Many groups in a multicultural society can not enjoy a fair game“

Die Vielen stehen fortlaufend unter politischem Druck¹, nicht nur in Krisenzeiten und danach. Im Interesse des Gemeinwohls und aus wirtschaftlichen Gründen könnten wir ganz im Sinne von Karl R. Popper handeln und eine neue Institution gründen, damit es dann heißt:



Durch die Wahl von ökosozial engagierten Fairtreter_innen in einen ÖkoSozialRat als selbstverwaltete Gemeinwohlregierung mit Vetorecht gegenüber dem Gesetzgeber sollen die politischen Anliegen des Souveräns in unseren DEMOKRATIE in all ihrer Vielfalt ausgleichend wahrgenommen werden.

So abwegig, wie es sich vermuten lässt, ist der Gedanke einer Nebenregierung gar nicht: In Irland gestalten seit 2014 fallweise einberufene Bürgerversammlungen die Zukunft des Landes mit. Eine Vorstufe dazu bildet in Österreich beispielsweise der üblicherweise geheim tagende Sicherheitsrat als beratendes Gremium in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Und in Fragen des Wettbewerbs wacht eine eigene Behörde darüber, inwieweit die dahingehenden Interessen vom Gesetzgeber beachtet wurden.

Mit der Gründung eines ÖkoSozialRates zur Überwachung der Interessen des Gemeinwohls soll der soziale Frieden langfristig gesichert werden. Jahrhunderte der Aufklärung haben uns nicht davor bewahrt, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts rechtsextreme, nationalistische und populistische Positionen in europäische Parlamente gewählt wurden mit zum Teil gefährlichen Folgen für die Bürger_innen² ebenso wie für Menschen, die aus humanitären Gründen den Schutz vor Verfolgung in ihren Heimatländern suchen.



Deshalb ZukunftsWerkstatt

Um den ÖkoSozialRat-Gedanken näher ausformulieren zu können bedarf es einer ersten Zusammenkunft von Expert*innen aus unterschiedlichen Bereichen und am Thema Interessierten³.

Gemeinwohlcontrolling von Gesetzen



Birger Priddat zufolge sollte „jedes Gesetz, nachdem es formuliert ist“, von Fachleuten einer „neutralen Instanz nochmal begutachtet werden, wieweit es dem Allgemeinwohl dient.“

Anmerkungen

1| Wenn die Mehrheit einzelnen Gruppen Rechte zubilligt, sich aber „in der Minderheit wähnt, reicht ordentliche **Aufklärungsarbeit**“, damit dies eher möglich wird. Doch Aufklärung darüber wird von politischen Gruppen unterbunden, nur um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Ein weiterer Aspekt derselben Forschungsergebnisse: bei Singlefrauen fällt „das erhoffte Einstiegsgehalt rund 20.000 Dollar höher aus“, wenn sie „ihre Ziele unter Diskretion angaben“. (Zitate: Leonardo Burszty)

Auf die Frage von Tarek Leitner, ob es eine Gegenbewegung nach rechts brauche antwortet Peter Altmaier (Wirtschaftsminister der CDU): „In Deutschland werden Wahlen immer noch in der **Mitte** gewonnen ...“. Friedrich Merz spricht ebenso von einer „Volkspartei der Mitte“ wie Annegret Kramp-Karrenbauer. Robert Sommer (Augustin) meinte dazu: „Wir klären darüber auf, dass unsere Gesellschaft den Rand bewusst reproduziert.“

In ihrem Aufsatz „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“ berichten Lea Elsässer et al. über ihre Forschungen zum Thema „**selektive Responsivität**“. Dabei stellten sie fest: „Auf eine Übereinstimmung zwischen den eigenen Präferenzen und politischen Entscheidungen können untere Einkommensgruppen nur hoffen, wenn diejenigen mit hohem Einkommen dasselbe wollen.“ (S 176) Eine Seite später in ihrer Diskussion der Ergebnisse heißt es: „Was Bürger_innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollten, hatte in den Jahren von 1998 bis 2015 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden.“

Die Konsequenzen einer Politik, die über längere Zeit Menschen mit geringeren Einkommen schlechter stellt sind hinlänglich bekannt. Überdies würden Ökonom_innen dazu sagen: *die Ressourcen eines Landes werden suboptimal genutzt. Im internationalen Wettkampf um wirtschaftlichen Wohlstand heißt das: wir verlieren alle in einem Land, wenn wir „als Mitte der Gesellschaft“ die Interessen der Vielen ignorieren und die Entwicklung ihrer Potenziale nicht konstruktiv unterstützen.*

2| Stichworte: Trumpismus, Brexit, ...

3| Neben der klassischen Zivilgesellschaft sind möglicherweise auch die Gemeinden betroffen genug, um sich für dieses Thema zu begeistern. Im Kampf gegen Zentralisierungstendenzen meint Alfred Riedl in seinem Beitrag „Subsidiarität‘ neu denken?“,: „Wenn die Kommunen mehr Verantwortung übernehmen sollen, dann müssen sie auch finanziell dementsprechend ausgestattet werden.“